Newsletter

Nr. 05/7. Juli 2021

Liebknecht-Kreis Sachsen

In dieser Ausgabe

Editorial

Informationen zu Wirtschaft, Sozialem und Politik

Buchtipps

Editorial

„Was lange dauert, wird gut“ sagt der Volksmund. In der Politik stimmt das nur bedingt, weil dort „das Gute“ es so schwer hat, zugleich aber auch schwer zu bestimmen ist. Am 20. Juni hat unsere Partei auf der 2. Tagung ihres 7. Online-Parteitag das Wahlprogramm für die Bundestagswahl 2021 beschlossen: „Zeit zu handeln: Für soziale Sicherheit, Frieden und Klimagerechtigkeit“. Ein halbes Jahr währte die recht heftige Diskussion darüber.

Ergebnis ist ein ausführliches Gestaltungsprogramm für eine bessere Bundesrepublik: „Für einen sozialökologischen und friedenspolitischen Politikwechsel“. Acht Tage nach dem Parteitag war das verabschiedete Wahlprogramm endlich auch im Internet zu lesen, wenngleich noch nicht als PDF (https://www.die-linke.de/wahlen/wahlprogramm-2021/). Gefordert werden „Mut zur Veränderung“ und viele richtige und notwendige Veränderungen im Grundsätzlichen und im Konkreten. Plädiert wird „für eine gesellschaftliche Entwicklung, in der die Vorherrschaft des Kapitals durch demokratische, soziale und ökonomische Kräfte überwunden wird und die Gesellschaft des demokratischen Sozialismus entsteht.“ (Einleitung) Als Teilaspekte einer „sozialökologischen Transformation“ stehen auf der Agenda Arbeitszeitverkürzung, Erhöhung des Mindestlohnes und der Renten,

das Deckeln der Mieten, die Überführung von Bereichen der Daseinsfürsorge in „öffentliche Hand“ und Vieles mehr.

Geschärft wurden erfreulicherweise die Aussagen zur Kriegsgefahr und zu den Eckpunkten einer Friedens- und Entspannungspolitik. Zu Wort kommt auch Jean Jaurès: „Der Kapitalismus trägt den Regen in sich wie die Wolke den Regen.“ Zutreffend heißt es: „Die Kriegsgefahr war seit Jahrzehnten nicht so groß wie heute.“ Es ist vom „Vormachtstreben“ der USA und der EU und davon die Rede, dass Russland und China „als Feindbilder beschrieben“ werden. In diesem Zusammenhang wird vom „Imperialismus“ gesprochen. Von den ehemaligen Passagen einer Äquidistanz zu den „Großmächten“ ist noch die Formulierung von den „geopolitischen Rivalitäten und Wirtschaftskriegen“ übriggeblieben. Zum Argument der „Gefahrenabwehr durch die NATO“ gegen Russland wird richtig angemerkt: Bei einem Verhältnis der jeweiligen jährlichen Rüstungsausgaben von 61 Mrd. Dollar (Russische Föderation) und 1,1 Billionen Dollar (NATO) kann es nicht „um Gefahrenabwehr“ gehen.

Der Wahlkampf der LINKEN gewinnt mit dem Wahlprogramm so an Profil und Eigenständigkeit. Dazu haben erfreulicherweise auch Initiativen unserer Fraktion im Bundestag beigetragen (https://www.linksfraktion.de/presse/pressemitteilungen/detail/die-linke-fordert-deutsch-russischen-freundschaftsvertrag/). Forderungen im Bundestag nach einem Freundschaftsvertrag mit der Russischen Föderation und einer Gedenkveranstaltung am 22. Juni zum 80. Jahrestag des Überfalls Nazideutschlands auf die Sowjetunion verdeutlichen, wie die Hinwendung der Bundesrepublik zu einer Politik der Entspannung und Freundschaft mit Russland aussehen muss. Das Nein der Regierenden folgte prompt.

Von den Fraktionen des Bundestages gedachte dann nur die der LINKEN des Überfalls. MdB Sahra Wagenknecht hielt an diesem Tag eine aufrüttelnde Rede in Leipzig für eine Politik der Entspannung. Sie sprach uns aus dem Herzen, als sie gegen die „Beleidigung der Intelligenz“ protestierte, wie sie täglich mit der Rechtfertigung der gegen Russland gerichteten Propaganda erfolgt (https://www.youtube.com/watch?v=rhj3lc-UNJE).

Erkennbar wurde mittlerweile, weder die anderen Parteien noch die Regierenden überhaupt sind an einem Bundestagswahlkampf interessieret, in dessen Mittelpunkt die Lehren der Vergangenheit und die Herausforderungen unserer Zeit stehen: drohende Klimakatastrophen, wachsende soziale Ungleichheit, Abwehr eines großen Krieges. Stattdessen dominiert der Streit über Nichtigkeiten. Die Empörung über den Umgang von Jens Spahn mit minderwertigen Coronamasken und die Art und Weise, wie Annalena Baerbock ihren Lebenslauf schönt oder ihre Wissenslücken kaschiert, ersetzen die eigentlich notwendigen Debatten über die Probleme unserer Zeit und deren Lösung.

Aber auch um den Zustand unserer Partei vor der Bundestagswahl ist es nicht gut bestellt. Von einem „Wahlkampf mit Biss“, der den Regierenden das Fürchten lehrt und unsere Anhänger mobilisiert, ist wenig zu merken. In ihrer Eröffnungsrede auf dem Wahlparteitag sprach Susanne Hennig-Wellsow von „Verunsicherung“ und forderte die Partei zur Geschlossenheit auf. Dietmar Bartsch nannte vorher als unser Ziel ein zweistelliges Wahlergebnis. Aber die Aussichten dafür sind misslich. Bei den Landtagswahlen in Sachsen-Anhalt am 6. Juni hat unsere Partei gegenüber der vorangegangenen Landtagswahl ein Drittel ihrer Wähler verloren. Horst Kahrs nannte das in seiner Wahlanalyse zu Recht einem „Bedeutungsverlust“ unserer Partei (http://www.horstkahrs.de/2021/06/07/die-landtagswahl-in-sachsen-anhalt-am-6-juni-2021/).

Die Zeiten sind vorbei, da unsere Partei die erste Adresse des politischen Protestes war. Ihr gegenüber gibt es eine bedenkliche Glaubwürdigkeitskrise unter den Lohnabhängigen und

Paul B. Kleiser, Von der Banken- zur Coronakrise, Neuer ISP Verlag, Köln 2021, 188 Seiten, 19.80 €.
„Paul Kleiser nimmt die Zäsur (Ende der Großen Koalition unter Angela Merkel) zum Anlass, nicht nur die 16jährige Regierungszeit von Angela Merkel Revue passieren zu lassen. Er gibt auch einen biographischen Abriss ihrer politischen Entwicklung seit ihrer Jugendzeit in der DDR über die Wende bis zur Generalsekretärin der CDU und schließlich Kanzlerin. Dabei entsteht eine Zeichnung aller einschneidenden Krisen der letzten zwanzig Jahre – nachdem die Höhenflüge der deutschen Einheit in der Wirtschaftskrise 2003 zerplatzt sind. Schließlich beschreibt Kleiser die langsame Erosion von Merkels Macht“. Angela Klein, SoZ 7/8, Juli/ August 2021.

Lea Grundig, Elfteiliger Bilderzyklus zum Manifest der Kommunistischen Partei von Karls Marx und Friedrich Engels. Mit einer Einleitung von Dietmar Dath und einem Nachwort von Andreas Wessel. Verlag, Berlin 8. Mai 2021, 128 Seiten, 22,90 €.
„Ein zufälliger Fund. Ort: Keller des Antiquariats ‚Walter

Prekarisierten. Erste Adresse des politischen Protestes bei Wahlen war sie einmal. Nach wie vor, auch nach dem 2. Wahlparteitag, liegt DIE LINKE bei Umfragen mit 6 oder 7 Prozent, beunruhigend nahe zu der als wahlpolitische Guillotine dienenden Fünfprozentsperre. Noch nie in der deutschen Geschichte der Wahlkämpfe hat es das gegeben, was derzeit im beginnenden Wahlkampf gegen Sahra Wagenknecht läuft: Gegen unsere populärste Politikerin und die Spitzenkandidatin in NRW wird in diesem Bundesland ein Ausschlussverfahren nicht nur angestrengt, sondern sogar noch eröffnet.

Allein ein Wahlprogramm, das aufzeigt, was politisch, sozial und ökologisch bei uns von links wünschenswert ist, reicht nicht. Zugleich muss auch ein gangbarer Weg dahin aufgezeigt werden. Daran aber mangelt es im Wahlprogramm. Im Wahlkampf muss eine linke Partei über die politischen Zustände aufklären. Der Spruch in der Einleitung des Wahlprogramms „Wir haben es zusammen in den Händen“ tut das nicht. Indem so getan wird, als ob die Gestaltung von Politik eine Sache des politischen Willens, ergänzt durch „gesellschaftlichen Druck“ ist, wird so getan, als ob die Herrschaft des Kapitals gar nicht existiert.

Was für ein Ergebnis wir auch immer am 26. September erzielen: Ein „Weiter so“ sollte es danach nicht geben. Angesichts der gegenwärtigen konzeptionellen Konfusion brauchen wir eine Strategiedebatte, die sich wieder an der Handlungsorientierung im Grundsatzprogramm von Erfurt von 2011 orientiert. Die Lohnarbeiterklasse benötigt in Deutschland eine Partei, die ohne Illusionen entschlossen den Kampf für „soziale Sicherheit, Frieden und Klimagerechtigkeit“ aufnimmt. Ohne eine grundlegende Veränderung der gesellschaftlichen Machtverhältnisse aber wird das nichts. Eine Partei der „Regierungslinken“ wird allenfalls in der Lage sein, die Kapitalherrschaft ein wenig beweglicher zu gestalten. Eine politische Richtungsänderung auf diesem Wege ist Illusion. Allein um zu verhindern, dass nach der Wahl die Kosten der Coronakrise auf die abhängig Arbeitenden abgewälzt werden und der anlaufende Kollisionskurs der USA und der EU gegen Russland und China gestoppt wird, braucht es eine Partei, die in der Lage ist, gegen diese Pläne Millionen zu mobilisieren: außerparlamentarisch, im Bundestag, aber auch zusammen mit anderen Linken in der EU. Ein linkes Lager zusammen mit SPD und Grünen existiert bei uns weder als politische Formation noch als mögliche Bundestagsmehrheit. SPD und Grüne sind das, als was die sie in der Präambel des Grundsatzprogramms von Erfurt beschrieben werden: Parteien, „die sich devot den Wünschen der Wirtschaftsmächtigen unterwerfen.“ Die Orientierung aufs Mitregieren an Stelle der Schaffung von Gegenmacht hat uns in eine strategische Sackgasse geführt. Eine Korrektur nach der Bundestagswahl wird unumgänglich sein.

Volker Külow, Ekkehard Lieberam

Informationen Wirtschaft, Soziales und Politik

Prognose zu den Ländern mit den größten BIP 2030 und 2050 (Mrd. Dollar)

Land	2030	2050
China	26,5	49,9
USA	23,5	34,1
Indien	7,8	28,0
Indonesien	2,4	7,3
Japan	5,5	6,8
Brasilien	3,0	6,5
Deutschland	4,4	6,1
Mexiko	2,1	5,6
Großbritannien	3,5	5,4
Russland	2,1	5,1
Frankreich	3,2	4,7

Quelle: https:// statistica.corn/statistik/daten/studie /177590 (18.5.2020)

Markov’ in Bonn. Auf einem banalen Umschlag handgeschrieben: ‚Manifest der KP 1969. Nicht veröffentlicht’. Inhalt: sechs Freigabemuster mit Ausdrucken eines Grafikzyklus. Der Verlag 8. Mai – das ist der, in dem die junge Welt erscheint – erwirbt den Fund auf der Leipziger Buchmesse 2018. Es stellt sich heraus, dass der Zyklus 50 Jahre zuvor eine Sonderausgabe des Kommunistischen Manifestes im Dietz-Verlag hätte illustrieren sollen. Es sind elf Grafiken, jeweils 85 mal 70 cm groß. Sie sind nie zusammengezeigt worden. Auch die Sonerausgabe kam nie zustande.“ Klaus Stein, Marxistische Blätter, 3_2021.

Stefan Stache/Wolf von Matzenau, Was heißt Erneuerung der Linken? (Hrg.), Sozialökologischer Umbau und ein Sozialstaat für das 21. Jahrhundert, Hamburg 2021, 192 Seiten. 16.80 €.
„In dem von Stefan Stache und Wolf von Matzenau herausgegebenen Band … stellen 18 Autorinnen und Autoren in 13 Beiträgen ihre Gedanken zum Thema „Sozial-ökologischer Umbau und ein Sozialstaat für das 21.

XI Jinping: Die nächste Aufgabe ist der moderne Sozialismus

Zum 100. Jahrestag der Gründung der Kommunistischen Partei Chinas am 1. Juli 2021 hielt Präsident Xi Jinping eine Rede, in der er viele aus der chinesischen Politik bereits vertraute Gedanken wiederholte, aber auch die Orientierung von Partei und Staat auf ein neues Ziel verkündete: „Das erste Jahrhundertziel, eine Gesellschaft von bescheidenem Wohlstand in jeder Hinsicht aufzubauen, ist erreicht. Das Problem der absoluten Armut ist gelöst. Jetzt schreiten wir mit zuversichtlichem Schritt auf das zweite Jahrhundertziel zu, China zu einem großen modernen sozialistischen Land zu machen. …Wir haben nie das Volk eines anderen Landes eingeschüchtert, unterdrückt oder unterworfen, und wir werden es nie tun. Aus demselben Grunde werden wir es keiner fremden Macht erlauben, uns einzuschüchtern. Jeder, der das versucht, wird sich auf Kollisionskurs mit einer stählernen großen Mauer wiederfinden, die von mehr als 1,4 Milliarden Chinesen geschmiedet wurde.“ https://de.rt.com/asien/120092-xi-jinping-dienaechste-aufgabe-ist-der-moderne-sozialismus/

Chinas Sozialismus für die neue Ära (Klaus Mühlhahn, FAZ vom 5. 7. 2021)

„Unter Führung der Kommunistischen Partei wurde eine Erfolgsgeschichte geschrieben, die in der Geschichte der Weltwirtschaft ohne Vorbild und Beispiel ist. Keine andere Volkswirtschaft ist je so schnell und dauerhaft gewachsen. Auf dem Weg zur mittlerweile zweitgrößten Ökonomie der Welt überholte China ein halbes Dutzend fortgeschrittener Industrieländer, darunter auch Deutschland.“

Unversöhnliche Feindschaft (W. Adolphi, KPF-Mitteilungen, 27/21)

„Die Gongchandang hat neben den eigenen bisherigen Wegen und Irrwegen auch alle diese internationalen Erfahrungen (des europäischen Sozialismus, der eurokommunistischen Parteien usw.) verarbeitet und sich dafür entschieden, jenen Grundsätzlichen Marx-Gedanken in den Mittelpunkt zu rücken, wonach die nächsthöhere Gesellschaftsformation eines Entwicklungsstandes der Produktivkräfte bedarf, der notwendig diese Höherentwicklung erfordert. Also entwickelt sie die Produktivkräfte in einer Weise, wie es keinem der bisherigen Sozialismusversuche je gelungen ist. Und macht dabei die Erfahrung, dass sich an der unversöhnlichen Feindschaft der herrschenden Gruppierungen des imperialistischen Westens ihr gegenüber nichts geändert hat.“ (Wolfram Adolphi, Zum 100. Jahrestag der Gründung der Gongchandang, Mitteilungen der KPF, Heft 7/2021.

Klare Mehrheit wünscht engere Beziehungen zu Russland

62 Prozent wollen intensivere Zusammenarbeit zwischen Russland und EU, aber nur 32 Prozent sehen dafür eine Chance. Kooperationen im Energiesektor werden weiterhin sehr positiv bewertet. 75 Prozent lehnen US-Sanktionen gegen Nord Stream 2 ab. 60 Prozent würden russischen Impfstoff Sputnik V nutzen. (2.Juni 2021: https://www.ost-ausschuss.de/de/PM%20Forsa%20Gesamt)

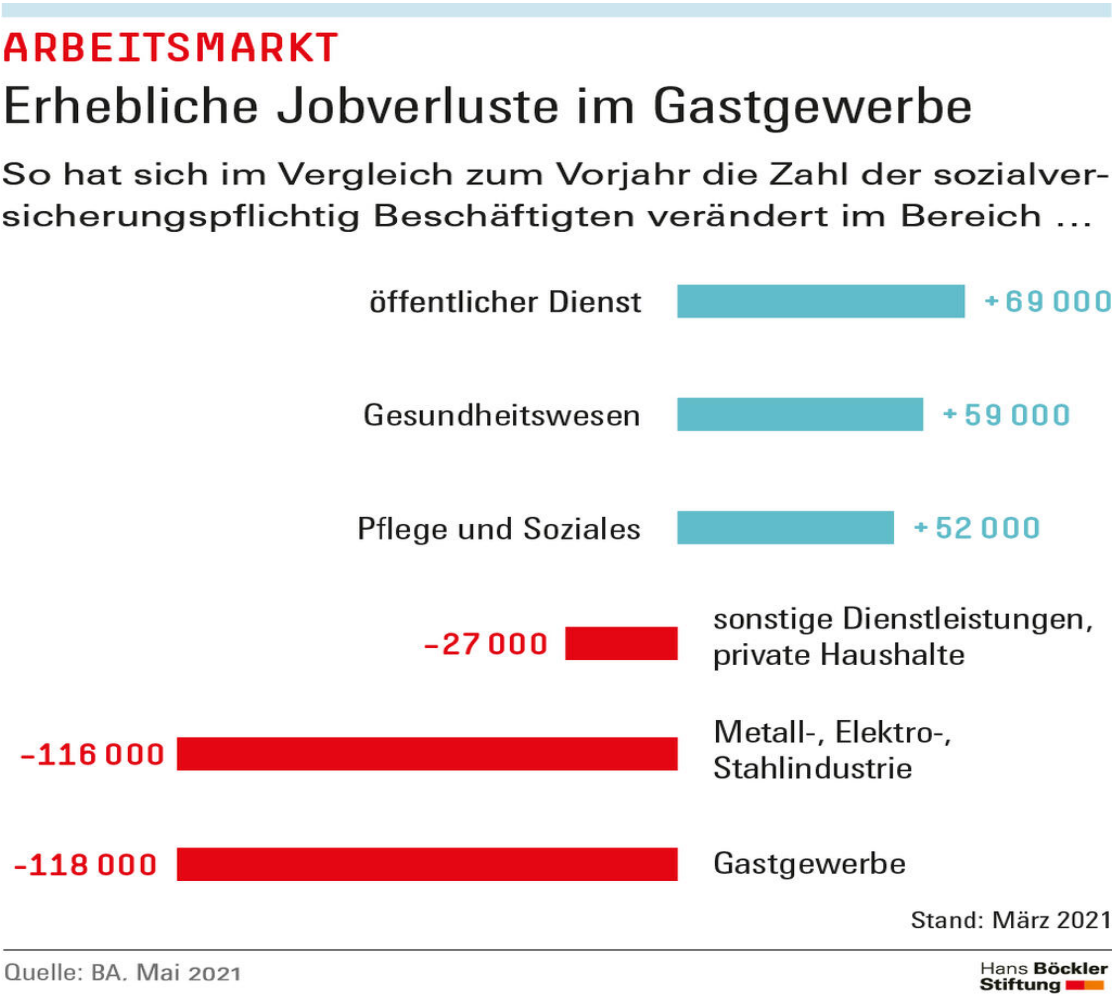
Jahrhundert vor. Das Kooperationsprojekt vereint Autorinnen und Autoren der ‚Zeitschrift für sozialistische Politik und Wirtschaft' (spw), der Zeitschrift ‚Sozialismus' und aus dem gewerkschaftlichen und sozialwissenschaftlichen Bereich. Es verfolgt den Anspruch, ‚einen Beitrag zum Crossover linker Parteiströmungen und sozial-ökologischer Bewegungen zu leisten, Gewerkschaften und krtitischer Wissenschaft zu leisten“. (Holger Czitrich-Stahl. Z., Nr. 126)

Raymond Unger, Vom Verlust der Freiheit – Klimakrise, Migrationskrise, Coronakrise, Europa-Verlag Berlin/München 2021, 520 Seiten, 24 €. „… wie kompetent und weitsichtig sind die deutschen Krisenmanager wirklich, die für eine gerechtere, buntere Welt streiten. In seinem Buch ‚Vom Verlust der Freiheit' führt Raymond Unger seine These eines Wirkungszusammenhangs transgenerationalen Kriegstraumata und einer Übersteuerung in den großen politischen Agenden Deutschlands fort. Die heutigen Entscheider in Politik, Medien und Kultur sind Kinder und Enkel von

Konjunkturbericht Deutschland der FAZ (vom 3. Juli 2021)

Bruttoinlandprodukt - IV 2020: +0,5 Prozent, I 2021 -1,8 Prozent
Euroraum: I 2021 – 0,6 Prozent ((FAZ vom 4. 6. 21)
Arbeitslose saisonbereinigt (Tausend) – Mai 2687 (5,9 Prozent), Juni 2614 (5,7 Prozent).
Im Juni: (West – 5,4 Prozent, Ost – 7,1 Prozent – vgl. FAZ vom 1. Juli 2021)
Arbeitslose Euroraum: April 8,0 Prozent, 13,0 Millionen (FAZ vom 4. 6. 21)
Kurzarbeiter: nur Daten bis April 21: 2,3 Millionen (April 2020 knapp 6 Millionen), Bundesagentur für Arbeit vom 30. 6. 21)
Verbraucherpreise: +1,7 (März), +2,0 (April), +2,5 (Mai), +2,3 (Juni)
Privater Konsum: IV 2020 -2,3 Prozent, I 2021 -5,4 Prozent

„Doch auch wenn die kurzfristigen Aussichten gut sind, ist längst nicht alles eitel Sonnenschein. (Commerz-Ökonom) Krämer sieht schon am Horizont jetzt dunkle Wolken aufziehen. ‚Es besteht das Risiko, dass die Erholung der Dienstleister durch politische Maßnahmen der Eindämmung der Delta-Variante im vierten Quartal wieder abgewürgt wird', warnt er."

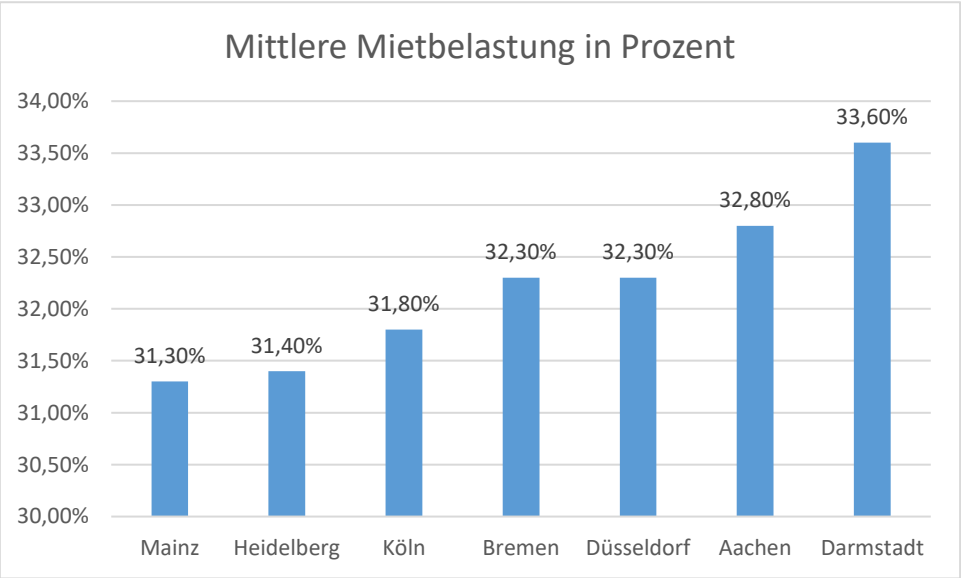


traumatisierten Kriegskindern des Zweiten Weltkrieges; sie fühlen sich auf Grund der emotionalen Distanz ihrer Eltern und Großeltern ungeliebt und entwickeln Schuldgefühle, mangelnde emotionale Ausreifung und nazistische Personenmuster. … Partikuläre Interessen und Bedürfnisse nach soziokultureller Identität, Wohlstand und Sicherheit werden ausnahmslos tabuisiert." (Klappentext)

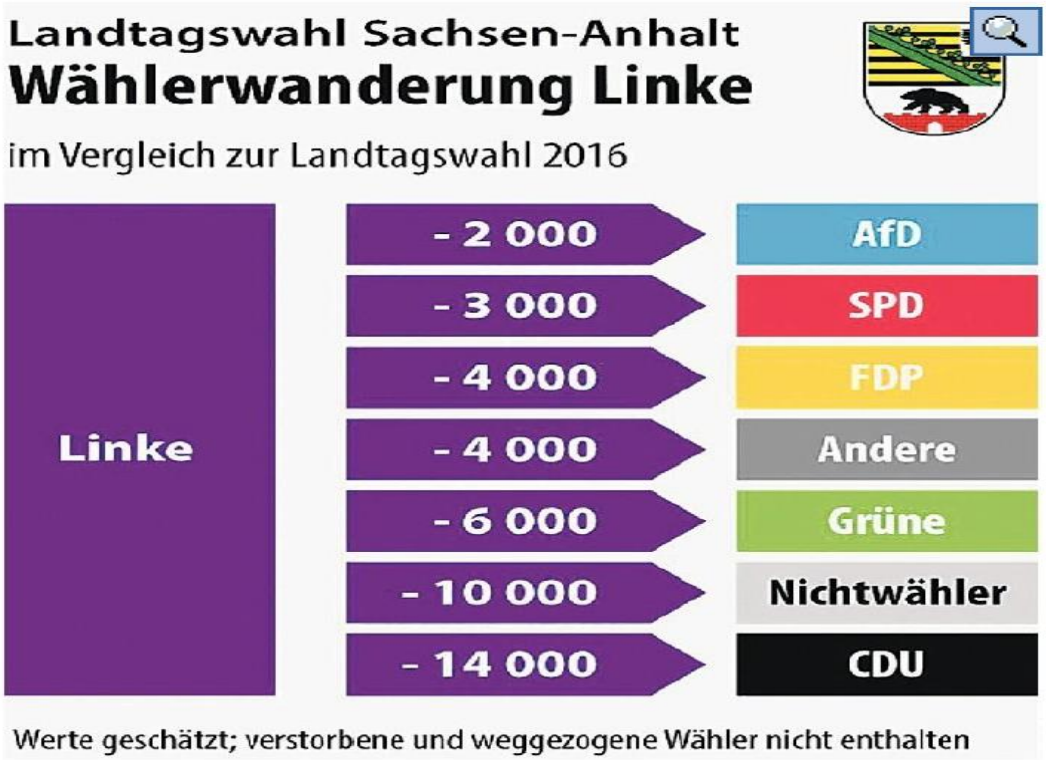
Friedrich Wolff und Egon Krenz, Komm mir nicht mit dem Rechtsstaat, edition ost, Berlin 2021, 15 €
Der Rechtsanwalt Friedrich Wolff, anerkannter und berühmter Strafverteidiger, kennt die einstige und heutige Rechtssprechung, erlebte deren Vorzüge und Tücken, ihre Grenzen und ihre Möglichkeiten. Ihm macht auf diesem Felde keiner etwas vor. Auch nicht Egon Krenz, der in den achtziger Jahren politische Verantwortung trug. Die mitunter kontroverse, sehr lebendige Diskussion zwischen dem Juristen und dem Politiker kreist natürlich um die Frage: Was ist ein Rechts-, was ist ein Unrechtsstaat? Beide haben dazu dezidierte

Problematisch hohe Mietbelastung (Böckler Impuls 11/2021)

„4,1 Millionen Haushalte in Deutschlands Großstädten müssen mehr als 30 Prozent ihres Nettoeinkommens für die Miete inklusive Nebenkosten und Heizung ausgeben. Betroffen sind 49 Prozent aller großstädtischen Haushalte mit etwa 6,5 Millionen Menschen. Dabei sind eventuelle Sozialtransfers und Wohngeld bereits berücksichtigt. Das ergibt eine neue von der Hans-Böckler-Stiftung geförderten Studie eines Forschungsteams um den Stadtsoziologen Andrej Holm“.



Landtagswahlen in Sachsen-Anhalt



Ansichten, bringen ihre unterschiedlichen Erfahrungen ins Spiel und – sorgen für Klarheit, nicht nur im Umgang mit Begriffen.“ (Klappentext)

Detlef Hartmann/Christopher Wimmer, Die Kommunen vor der Kommune 1870/1871, Lyon - Le creusot - Marseille – Paris, Assoziation A. Hamburg 2021, 144 Seiten, 14 €. „Nun liegt ein Buch vor, mit dem eben diesen gegebenen Umständen (der Geschichte) nachgegangenen und die Pariser Kommune mit den sozialen Auseinandersetzungen ihrer Zeit verortet wird. In ihm wird sehr deutlich, dass die Pariser Kommune Teil einer Bewegfung war, die in den Jahren 1870/1871 Frankreich erfasst hatte und an vielen Orten zu Aufständen und zur Gründung von revolutionären Kommunen führte. Die Autoren stellen insbesondere die Entwicklungen in Lyon, Le Ceusot, Marseille und in der Kolonie Algerien dar. In der Beschreibung der Vorgänge wird die Position stark gemacht, dass das Ringen um Selbstverwaltung und Autonomie zentrales Momen der Bewegung von 1870/71 gewesen ist.“ (Florian Garms, Z. 126)

Konjunkturbericht Deutschland der FAZ (vom 3. Juli 2021)

Bruttoinlandprodukt - IV 2020: +0,5 Prozent, I 2021 -1,8 Prozent
Euroraum: I 2021 – 0,6 Prozent ((FAZ vom 4. 6. 21)
Arbeitslose saisonbereinigt (Tausend) – Mai 2687 (5,9 Prozent), Juni 2614 (5,7 Prozent).
Im Juni: (West – 5,4 Prozent, Ost – 7,1 Prozent – vgl. FAZ vom 1. Juli 2021)
Arbeitslose Euroraum: April 8,0 Prozent, 13,0 Millionen (FAZ vom 4. 6. 21)
Kurzarbeiter: nur Daten bis April 21: 2,3 Millionen (April 2020 knapp 6 Millionen), Bundesagentur für Arbeit vom 30. 6. 21)
Verbraucherpreise: +1,7 (März), +2,0 (April), +2,5 (Mai), +2,3 (Juni)
Privater Konsum: IV 2020 -2,3 Prozent, I 2021 -5,4 Prozent

„Doch auch wenn die kurzfristigen Aussichten gut sind, ist längst nicht alles eitel Sonnenschein. (Commerz-Ökonom) Krämer sieht schon am Horizont jetzt dunkle Wolken aufziehen. ‚Es besteht das Risiko, dass die Erholung der Dienstleister durch politische Maßnahmen der Eindämmung der Delta-Variante im vierten Quartal wieder abgewürgt wird', warnt er."

Sonntagsfrage Juni 2021

Institut	Kantar (Emnid)	Infratest dimap	INSA	Yougov
Datum	02.07.2021	01.07.2021	04.07.2021	02.07.2021
CDU/CSU	28 %	28 %	28 %	30 %
SPD	16 %	15 %	17 %	15 %
GRÜNE	20 %	20 %	18 %	19 %
FDP	10 %	11 %	12 %	11 %
DIE LINKE	7 %	7 %	7 %	7 %
AfD	11 %	11 %	10 %	11 %
Sonstige	8 %	8 %	8 %	7 %

Ältestenrat zur aktuellen Lage der Partei mit weiteren Stellungnahmen,
Herausgegeben von: Ekkehard Lieberam, Liebknechtkreis-Sachsen und Jochen Traut, Kommunistische Plattform Thüringen
Die Broschüre enthält unter anderem fünf Positionspapiere des Ältestenrates zur Gesellschaftsstrategie und Wahlstrategie sowie einen Artikel von Hans Modrow und eine Stellungnahme der Sprecherin des russischen Außenministeriums Maria Sacharowa
Kostenloser Bezug über Liebknechthaus Leipzig
Anmerkung: Leider wurde mit der Publikation der Broschüre nicht bis zur Verabschiedung des endgültigen Wahlprogramms gewartet